

ne Maß und damit die diesem Bedarf angeglichene Zahl von Studienplätzen

In die 1. Kategorie wären z.B. die "Schulfächer" einzuordnen, wenngleich sie - wie im 2. Abschnitt des Papiers erläutert wird - in gewisser Hinsicht eine Sonderstellung einnehmen. Die 2. Kategorie trifft auf die Fächer Medizin, Pharmazie u. Psychologie zu.

ad a) Die offensichtlichsten Fälle falscher Prognosen des Bedarfs an Studienplätzen sind denjenigen Institutionen nachzuweisen, die in den vergangenen Jahren forciert versucht haben, die Ausbildung an den Universitäten wirtschaftlichen Interessen und staatlichen Bedürfnissen anzupassen (technokratische Hochschulgesetze, Prüfungsverordnungen, Sonderforschungsbereiche): Der Wissenschaftsrat (WR) (2/3 Vertreter von Wirtschaft und Staat) und die ständige Konferenz der Kultusminister (KMK). Bei der Vorausberechnung der Gesamtstudentenzahlen für 1970/71 blieben die KMK und der WR erheblich hinter der zu erwartenden Zahl von mindestens 350.000 Studenten zurück (3). Für 1970 prognostizierten

- der WR 232.000, ohne Ausländer (1960)
- die KMK 286.000, mit Ausländern (1963)
- der WR 218.000, ohne Ausländer (1964)
- das Innenministerium 300.000 (ca. 1967)

Auch die Bedarfsplanung für das Jahr 1980 blieb lange Zeit hinter dem tatsächlich zu erwartenden Bedarf zurück: Für 1980 prognostizierten

- der WR weniger als 300.000 Studenten (1960)
- der WR 378.000 Studenten (1964)
- der KMK 500.000 Studenten plus 90.000 PH-Studenten (1967)
- der WR über 500.000 (1967) (nach den Zusammenstellungen des WR)
- die KMK 676.000 (1969)

Auffällig ist, daß der WR im Jahre 1964 entgegen allen erkennbaren Entwicklungen der Studentenzahl seine Vorausberechnungen gegenüber 1960 noch reduziert hat. Gleichzeitig bleiben die Berechnungen des WR von 1960 weit hinter denen des Innenministeriums aus etwa der gleichen Zeit zurück. Diese Diskrepanz läßt den Schluß zu, daß die Zahlen des WR nicht nur auf falschen Berechnungsgrundlagen beruhen, sondern mit der Intention einer Irreführung der Öffentlichkeit über die tatsächlich zu erwartende Entwicklung der Studentenzahlen veröffentlicht wurden, um den verantwortlichen Politikern ein Alibi für mangelnde Investitionen auf dem Bildungssektor in die Hand zu geben und damit letztlich den Interessen der Wirtschaft durch technokratische Maßnahmen dienen zu können (4)

ad b) Wie gesellschaftsfeindlich die Beeinflussung der Ausbildungsquoten durch Ständeorganisationen ist, deren Ziel die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen und gesellschaftlichen Privilegien ist, wird aus den Fällen der Medizin und der Pharmazie deutlich. Als Beispiel sei hier darauf hingewiesen, daß in Hamburg das Ausbildungsvolumen an Pharmazeuten bestimmt wird von der durch die Apothekerkammer genannte Richtzahl von 62 Studienabgängern pro Jahr (siehe auch Abschnitt II - Verhältnis von Ärzten zur Bevölkerungszahl).

### 3. Analyse der Argumente für den Numerus Clausus

Staatliche Stellen führen als Rechtfertigung für den N. C. an, daß Zulassungsbeschränkungen als befristete Notmaßnahme zulässig sind, wenn sie zum Schutz eines überragenden Gemeinschaftsgutes erforderlich sind, also die Einschränkung des Grundrechtes auf freie Wahl des Berufes, Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte (12, 1 GG) rechtfertigen. Es lege im überragenden Interesse der Gemeinschaft, daß die Uni-

versität ihren Korporationszweck, die Pflege von Wissenschaft und Forschung, Lehre und Studium wahrnehmen könne. Wenn also zur Aufrechterhaltung der Arbeit der Universität Zulassungsbeschränkungen erforderlich sind, so seien sie zulässig. (Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nach: BAK 6, Bonn 1969).

In dieser Begründung liegt die Gemeinschaftsideologie der Konservierung bestehender gesellschaftlicher Zustände. Der N. C. setzt die Ungleichheit der Chancen, die schon die Schule zu einem sozialen Selektionsfilter machte, in der Universität fort. Er basiert auf einem bürgerlichen Leistungsprinzip, das den Studenten zur Anpassung an bürgerliche Normen zwingt, anstatt durch Förderung von Kreativität die Voraussetzung zu einer progressiven Einwirkung der Wissenschaft auf die Gesellschaft zu schaffen.

Zudem ist die Universität durch obrigkeitstaatliche Maßnahmen schon längst nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben zum Zwecke gesellschaftlicher Emanzipation zu erfüllen.

Wie gezielt der N. C. für die Aufrechterhaltung eines reaktiven Leistungsprinzips eingesetzt wird, läßt sich am Beispiel der Kultusministerkonferenz illustrieren: 1968 faßte die KMK den Beschluß, 60 % der Studienplätze nach dem Leistungsprinzip (Durchschnitt der Abiturnoten) zu vergeben, und 40 % nach dem Anciennitätsprinzip (Alter des Abiturs) zu vergeben.

### 4. Versteckter Numerus Clausus

Neben dem offenen N. C. gibt es in vielen Fächern einen versteckten N. C.: Zwischenprüfungen, beschränkte Anzahl von Arbeitsplätzen (Laborplätze, Seminarplätze, Zwangsexmatrikulation bei Überschreitung vorgeschriebener Studienzeiten). Bei diesen Maßnahmen wird es jedoch in diesen Fächern nicht bleiben.

Schon 1967 empfahl der WR in seinen Empfehlungen zum Ausbau der Wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970 die Ausweitung des offenen N. C., weil der versteckte Numerus Clausus eine zu späte Selektion vollzieht und daher in der Anfangsphase des Studiums eine unrationelle Ausnutzung der Lehrkapazitäten bewirkt.

Es deutet sich in der Philosophischen und in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät an, daß sehr bald nach diesen Empfehlungen des WR verfahren werden wird. (Vgl. Abschnitt II.)

#### Anmerkung

- (1) Westdeutsche Rektorenkonferenz, Übersicht über die Zulassungsbeschränkungen für Deutsche Studierende an den Wissenschaftlichen Hochschulen im WS 1967/70, Stand: 30. Juli 1969
- (2) Zentrale Registrierstelle für die Zulassung zum Studium der Medizin, Zahn- und Tiermedizin, Allgemeine Statistische Übersicht zum Bewerbungstermin, SS 1969
- (3) Schriften der BAK, Nr. 6, Numerus Clausus, Bonn 1969, S. 16 ff.,
- (4) Lenken der Studenten in wirtschaftlich direkt verwertbare Disziplinen, Einfrieren "unerwünschter" Fachrichtungen.

## ABSCHNITT 2: TECHNOKRATISCHE HOCHSCHULPLANIFIKATION ODER KEINE?

Zur aktuellen Situation an den Universitäten der Bundesrepublik

Wenn man die Informationen des ersten Beitrags mit einer Materialzusammenstellung über die aktuelle Situation an den bundesrepublikanischen Universitäten vergleicht, kommt man zu dem Schluß, daß sich die Entwicklungsprozesse an der Hamburger Universität oberflächlich mit den überregionalen Tendenzen in Übereinstimmung befinden. Als Gemeins-

zeiten wären hervorzuheben:

### 1. der starke Trend zum numerus clausus.

An der Hamburger Universität gibt es (oder wird es demnächst geben) Zulassungsbeschränkungen in der Medizin, der Pharmazie, in Biologie, Chemie und Psychologie. Studienzeitbeschränkung werden für die sogenannten Lehramtsfächer und für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften geplant. Diese Entwicklung ist auch an den anderen bundesrepublikanischen Universitäten festzustellen.

### 2. der starke Trend zur Kompression der Hochschulforschung.

Von einigen Ausnahmen abgesehen, wird an der Hamburger Universität im Institutsrahmen praktisch nicht mehr geforscht; dafür sind die Ordinarien einerseits zu stark mit Rückzugsgefechten gegenüber dem nachrückenden Mittelbau beschäftigt, andererseits sind sie infolge kontinuierlich steigender Studentenzahlen zu sehr mit dem Ausbildungskomplex überlastet. Stattdessen ist im Rahmen einiger Fachbereiche ein knappes Dutzend sogenannter Sonderforschungsbereiche eingerichtet worden, nur ein Viertel wird von der zentralen Koordinierungsstelle für Sonderforschungsbereiche, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Wissenschaftsministerium finanziert. Weitere Projekte stehen unter der Kontrolle der "Deutschen Atomkommission" und der "Kommission für Ozeanographie".

Ein ähnlicher Konzentrations- und Kompressionsprozess ist auch auf Bundesebene zu konstatieren. Vor 1965 wurden etwa 40 % der bundesrepublikanischen Grundlagenforschung an Universitätsinstituten betrieben; gegenwärtig dürften es nur noch etwa 15 % sein. Die Universitäten sind beschleunigt zum Schwanzende des bundesrepublikanischen "Forschungsverbands" geworden.

Soweit die Phänomenologie der Gemeinsamkeiten. Wir kommen jetzt zu der Frage, ob die Ursachen dieser Erscheinungen im regionalen Hamburger und im überregionalen Bereich die gleichen sind.

Seit dem quantitativen Ausbau der Hamburger Universität Ende der fünfziger Jahre - dem Abschluss des ersten Investitionsprogramms nach der Universitätsgründung überhaupt - hat die SPD-Stadtsbürokratie die Weichen rigoros auf Erhaltung des erreichten status quo gestellt. Damit hat sie sich bedingungslos den regionalen Machtinteressen unterworfen denen das Hemd näher ist als der Rock; die einen Containerhafen, die Perfektionierung des Polizeiapparats oder ein Kongresszentrum Bildungs- und Wissenschaftsinvestitionen vorziehen, weil letztere sich nicht mit den Verwertungsinteressen des regionalen Kapitals in Einklang bringen lassen. Die Hamburger Industrie- und Handelsunternehmen haben gegenüber dem gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und den daraus resultierenden ökonomischen Erfordernissen abgewirtschaftet. Sie haben sich aus der Universität herausgebrochen, was für sie direkt und ohne große Umstände noch verwertbar ist: ein paar neokolonialistische "Sonderforschungsbereiche", die Schiffbau-Institute und ein bißchen Ozeanographie. Der Rest bleibt, wie er ist, und die reaktionären Standesorganisationen der Mediziner, Pharmazeuten usw. passen auf, daß sich dort nicht tut, was ihren jeweiligen Herrschaftsbereich auf lange sonst in Frage stehen könnte. Die teilweise progressive Pädagogenfraktion hat auf der Spielweise "Gesamthochschulplanung", die ihr die SPD vor zwei Semestern konzidierte, bankrott gemacht. Das einzige, was die SPD-Universitätspolitik Stadtsbürokratie den abgehalfterten hanseatischen Regionalismus noch zuzufügen hat, sind Polizeiknäuel und ein einigermaßen intakter politischer Unterdrückungsapparat. Daran wird auch die in- zwischen auf Bundesebene zustandgekommene SPD-Herrschaft nichts ändern, daß die Drexelius, Ruhnau und Konsorten den Hamburger Krämerkapitalismus noch besser repräsentieren als von Wissenschaft und Bildung gibt es in Hamburg weder eine kurzfristige, noch mittelfristige, noch eine langfristige Planifikation.

Vergleichen wir die Ursachen der Hamburger Bildungs- und Wissenschaftsmisere mit den Grundlagen der anhaltenden Misere auf Bundesebene, stellen wir fest, daß sie zu einem

geringen Teil übereinstimmende Züge tragen. In Fragen der Hochschulpolitik spaltet sich das zentrale Herrschaftskartell gegenwärtig in zwei einander heftig befehdende Hauptfraktionen, wobei die spezifischen regionalen Wirtschafts- und Verbandsinteressen - im Gegensatz zu Hamburg - weitgehend ein in Außenseiterposition getrieben worden sind. Grob schematisch könnte man die zwei Fraktionen folgendermaßen skizzieren:

### 1. (Fraktion reaktionäre ordinarien- mittlere regionale Industrie und reaktionäre Berufsverbände)

Dank der in der Adenauer Ära anhaltenden Restauration auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens haben Ordinarien, mittlere regionale Industrie und ständisch-faschistische Berufsverbände die bundesrepublikanischen Hochschulen bis tief in die sechziger Jahre monopolartig beherrscht, eine Tatsache, die auf allen Ebenen des Bildungssystems (Grundschule, Berufsausbildung, Sekundarschulen und Ingenieurschulen) direkte Entsprechung hat. Das solcherart erhaltene Bildungsprivileg gegenüber der lohnabhängigen Massen arbeitete gleichzeitig einem autoritären Staat in die Hände, der sich vor allem als Garant prinzipiell staatlich unkontrollierter Kapitalexpansion erwies. Das Verwertungsverhältnis, das zwischen Kapital und Universität bestand, war indirekter Art: nur soweit die Konzernforschung als unternehmenseigene wissenschaftlich-technische Planungszelle der Verbesserung der Produktion nicht ausreichte, wurden die Einrichtungen der Universitäten als wissenschaftliche Ergänzungskapazitäten benutzt. Die Konzerne zogen die sie jeweils interessierenden Hochschulinstitute im Rahmen der sogenannten Vertragsforschung heran, wobei sie ausschließlich mit den über ein praktische kostenloses studentisches und wissenschaftliches Hilfspersonal verfügenden Institutsdirektoren kommunizierten. Die Hochschulbildung wurde nur in den technologisch wichtigen Fächer der "Produktionswissenschaften" unter der Kontrolle spezieller industrieller "Förderungsorganisationen" gestellt (z. B. Fonds der Chemischen Industrie usw.). Für die Produktion mittlerer und höherer Managements (Wiso- und juristische Fakultät) genügte neben einem nicht allzu relevanten Fachwissen die Indoktrination einer mit mancherlei "abendländischen Werten" gekoppelten Elite-Ideologie. Heute sind diese Beziehungsmechanismen zwischen Universität und Wirtschaft weitgehend obsolet. Als "Muff von tausend Jahren" - auch zur Freude des neuen Großkapitals - gebrandmarkt, sind sie auf den Abfallhaufen geraten, den ein sich wissenschaftlich rationalisierender Kapitalismus in bestimmten Umschlagphasen seiner Entwicklung zu hinterlassen pflegt. Insofern könnte man sagen, daß die Hamburger Universität, fest in den Griffen der hanseatisch-sozialdemokratischen Reaktion, auch aus dem Blickwinkel der großen bundesrepublikanischen Unternehmen, zu den letzten Bastionen der bundesrepublikanischen Reaktion zu zählen ist, die noch nicht einmal dem gegenwärtigen Fortschritt der Kapitalherrschaft angemessen sind.

### 2. (Fraktion Grosskapital - zentrale Ministerialbürokratie - ausseruniversitäre Grossforschung)

In den Jahren 1955/56 wurde, bedingt durch eine komplexe Summe historisch-politischer Faktoren, in ersten Ansätzen ein radikaler Wandel in der Beziehung zwischen Produktion einerseits, Bildungs- und Wissenschaftspolitik andererseits erzwungen. Die Wirtschaftsunternehmen mußten sich vom bisherigen extensiven Wirtschaftswachstum trennen, weil der Zustand der Vollbeschäftigung erreicht war und gleichzeitig der Zustrom von qualifizierten Arbeitern aus der DDR nachzulassen drohte. Das Potential an qualifizierten Arbeitern und Funktionären des mittleren Management drohte zum begrenzenden Faktor der weiteren Akkumulation zu werden. Folglich mußte die große Industrie zu kapitalintensiven Produktionsformen übergehen, um die bisherigen extensiven Wachstumseffekte durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zu

kompensieren. Die beginnende Rationalisierungsperiode bedingt eine qualitative Umstrukturierung der sie konstituierenden Ausbildungs- und Wissenschaftspolitik. Die Notwendigkeit, progressiv wachsende Teile des zentralen Staatshaushalts zugunsten der inzwischen restaurierten großen Exportunternehmen anzulegen und diesen so rasch wie möglich eine kostenlose Bildungs- und Wissenschaftsstruktur zu verschaffen, wurde durch die gleich 1955 beschlossene Remilitarisierung entsprechend modifiziert. Nach längerem Tauziehen wurden die Interessen der Remilitarisierungsfronde mit dem Wissenschafts- und Bildungsinteressen der grossen Unternehmensgruppen in Übereinstimmung gebracht. Der Kompromiß des militärisch-industriellen Interessenkomplexes hatte wissenschaftspolitisch weitreichende Folgen. Um sowohl militärischen wie großindustriellen Verwertungsbedürfnissen zu genügen, wurden nach USA-Vorbild große Forschungszentren für Atomphysik, Weltraumforschung und klassische Kriegsforschung eingerichtet, um nach einer kurzfristigen Initialphase wieder direkte Beziehungen zur Konzernforschung auf der einen und zur Hochschulforschung auf der anderen Seite herzustellen. Im Verlauf der Jahre 1955 bis 1965 wurde die Hochschulforschung den neuen ausseruniversitären Forschungszentren mehr und mehr angegliedert; soweit sie nicht zum unwichtigen Bestandteil der neuen "Projektforschung" degradierte, erhielt sie Nebenaufgaben, um die isolierten Vorhaben der neuen "Fixsterne" der Forschungspolitik zu kiffen. Hierfür wurden seit 1965 sogenannte "Sonderforschungsbereiche" propagiert; sie sind erst 1968 - und auch da nur mit einem geringfügigem Investitionsaufwand - einigermaßen in Gang gekommen. Alles in allem spielen sich die relevanten bundesrepublikanischen Forschungsprojekte in den Großforschungszentren ab; die dort mit riesigen Investitionsaufwand betriebenen Projekte werden, sobald sie realisationsreif sind, von der Konzernforschung, die mehr "Entwicklung" als "Forschung" ist, übernommen.

Mit der Verlagerung der Forschung aus den Universitäten korrespondiert ein Prozeß der für die kurzfristige Perspektive der sozialistischen Opposition an die Universitätsausbildung unter das kapitalistische Prinzip der Minimierung der Produktionskosten.

Nachdem sie ihr Ziel, neue, großindustriell organisierte Forschungszentren ausserhalb der Universitäten aufzubauen, durchgesetzt hatten, forderten die Großunternehmen der chemischen, elektrotechnischen und Montanindustrie, auch den Ausbildungsprozeß der wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräfte den Bedingungen einer zunehmend wissenschaftlich rationalisierten Produktion schrittweise anzupassen. Da sie selbst nur die monopolistisch zentralisierte Spitze des bundesrepublikanischen Kapitalismus darstellten, konnte ihnen dabei nur eine selektiv orientierte Reorganisation der Ausbildungsinhalte und der Ausbildungsdauer angelegen sein. Das obsolet gewordene Qualifikationssystem für wissenschaftliche und sozialtechnische Arbeitskräfte wurde programmatisch parzelliert, mit dem Ziel, ohne relevante Kostensteigerung die Durchlaufquote bei gleichzeitig verbesserter fachspezifischer Vorprogrammierung zu erhöhen. Der Modus der Parzellierung wurde dabei der Beschäftigtenstruktur der großen Unternehmen angepaßt: einem breiten, im College- oder Fachschulsystem zu trennenden "mittleren Management" soll eine kleine wissenschaftliche-kritische nicht zu reflektierenden Fach-"Ausbildung" von der Rezeption und Einübung kritisch-wissenschaftlichen Denkens wird überdies dem Bildungsprozeß durch Wissenschaft sein Bezug zur gesellschaftlichen Realität genommen. Dieser Ansatz, seit drei bis vier Jahren vom Wissenschaftsrat und dem großindustriellen Gesprächskreis "Wissenschaft und Wirtschaft" offen propagiert, braucht in diesem Kreis nicht näher belegt zu werden.

Der hochschulpolitische Interessenkonflikt der herrschenden Klasse, der mit der Skizzierung ihrer beiden Hauptfraktionen nur sehr grob umrissen ist, ist gegenwärtig alles andere als beigelegt, im Gegenteil: er dürfte gerade unter der neuen Bundesregierung noch an Intensität gewinnen. Im Detail sind

die Positionen der einander befehdeten Lager oft nur sehr schwer auszumachen. Es ist anzunehmen, daß die großkapitalistische Fraktion, die am stärksten auf die Beschleunigung des qualitativ neuen Kapitalisierungsprozesses von Wissenschaft und Bildung angewiesen ist, weiter an Boden gewinnen. Ob ihr das viel nützt, ist eine andere Frage. Die Fraktion mittlere Industrie-Ordinarien-"Standes"-Verbände ist zwar eindeutig in die Defensive geraten; aber gerade aus der Defensive heraus hat sie beachtliche Fähigkeiten entwickelt, jeglich, auch nur mittelfristige Plonifikation der Verwertungsbeziehungen zwischen Wissenschaft und Kapital zu verhindern. Sollte die sozialistische Opposition nicht über die Universitäten hinaus gelangen, könnte sie zwischen den einander befehdeten Lagern des Machtkartells ein status quo auf dem Rücken der direkt Betroffenen, der Studenten, ergeben: die großkapitalistisch-zentralstaatliche Herrschaftsfraktion schafft sich auf allen Ebenen einen kleinen "elitären" Ausbildungssektor und baut gleichzeitig die Zentren der Großforschung weiter aus. Ihr Kontrahent gäbe sich damit zufrieden, fungibler Produzent eines bewußtlosen sozialtechnischen und betrieblichen mittleren Managements zu sein.

Auch für den Fall, daß es nicht zu dieser radikalsten Form

der Unterdrückung an den Universitäten kommen sollte, dürfen wir uns über die Folgen einer technokratischen, d. h. aus der wissenschaftlichen Absicherung der Verwertungs-zwänge des Kapitals beteiligten Hochschulreorganisation keine Illusionen machen. Setzt sich die zentrale großkapitalistische Herrschaftsgruppe in einer nicht allzu langfristigen Zeitspanne durch und gelingt es ihr, durch die Einverleibung von Wissenschaft und Bildung sich den gegenwärtigen wichtigsten inneren Wachstumsfaktor dienstbar zu machen, wird sie schlagartig an innerer wie äußerer Flexibilität gewinnen. Sie wird sich in vielleicht "multinationalen" Konzerngiganten fusionieren und Gesellschaft und Staat vollends unter ihre Kontrolle bringen. Sie wird fähig sein, in ihren exklusiven Leitungszentren die Kluft zwischen eindeutiger Kriegs- und Vernichtungsforschung und scheinbar gewaltfreier Sozialtechniken zu verwischen und unter den Vorzeichen einer sogenannten Friedensforschung umso hemmungsloser zu expandieren. Sie wird in ihrer Außenpolitik zu einer "europäischen", wissenschaftlich-wirtschaftlich fundierten "Friedensordnung" übergehen - nur, um Kraft ihrer technologischen Überlegenheit die Länder der Dritten Welt umso rationeller auszubeuten. Sie wird, indem sie die lohnabhängigen Massen auf der Basis neuer leistungsorientierter Qualifikationsmodelle aufsplittert, diese für die Dynamik eine umso expansiveren Kapitalismus programmieren und die dann immer noch vorhandenen Klassenkonflikte mit verwissenschaftlichten Unterdrückungstechniken auf harmlose Spielwiesen projizieren. Dann werden die Erfahrungs- und sozialtechnischen Wissenschaften qualitativ neuartige Bestandteile der fortdauernden Herrschaft der vergegenständlichten über die lebendige Arbeit sein. Was die Expansion nach außen betrifft, ist die Wissenschaft ohnedies schon dabei, zum wichtigsten Substitutionsfaktor des fortbestehenden ökonomischen Imperialismus zu werden. Die sozialistische Opposition hat aber Grund, auch eine solche technokratische Perspektive in ihre Konzeptionsdebatten aufzunehmen, wenn sie auch gegenwärtig weniger wahrscheinlich ist als die oben beschriebene Tendenz zur brutalen Kompression.

### ABSCHNITT 3: ERKLÄRUNG DES ASTA ZUR HOCHSCHUL- POLITIK IN DIESEM SEMESTER

Vorbemerkung: Der folgende Beitrag ist an ein Publikum adressiert gewesen, daß sich aus Parlamentariern, Mitgliedern von Projektgruppen und Studienkollektiven und sonstigen Interessenten zusammensetzte. Er will einige neuere Entwicklungen der studentischen Hochschulpolitik veröffentlichen und die Arbeit der Projektgruppen und der Studienkollektive durch die Angabe einiger organisatorischer Schwerpunkte zusammenfassen und vereinheitlichen. Die analytische Arbeit